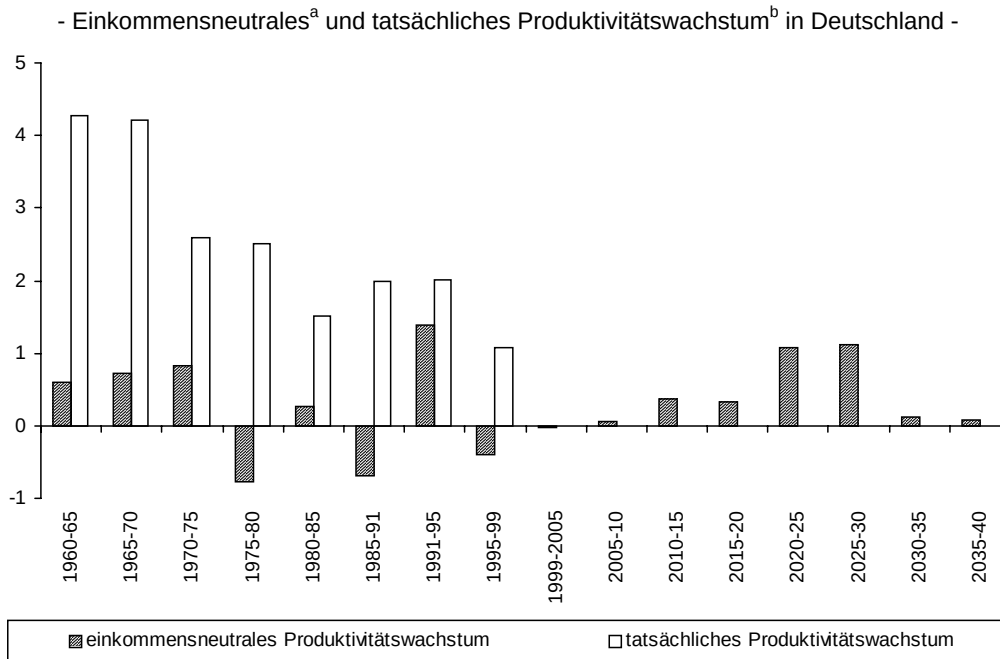


Künftige demographische Entwicklung erfordert verstärktes Produktivitätswachstum



1960-1991: Werte für Westdeutschland, alte VGR, ab 1991: Werte für Gesamtdeutschland nach ESVG 1995. 1999-2040: Schätzung auf Grundlage der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1.

^a Produktivitätswachstum (Inlandskonzept), das erforderlich ist, um das Pro-Kopf-Einkommen (Inländerkonzept) auf dem Stand des Anfangsjahres der jeweiligen Periode zu halten. – ^b Jahresdurchschnittliche Veränderungen in der jeweiligen Periode.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Veränderungen in der demographischen Struktur der Bevölkerung haben zur Folge, dass Produktivitätssteigerungen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) nicht unmittelbar auch zu einem entsprechenden Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner) führen. Die Schwelle, von der an das Produktivitätswachstum mit einer Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens verbunden ist, hat sich – lässt man die Umbrüche in den neuen Ländern in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einmal unberücksichtigt – in der Vergangenheit immer mehr verringert (vgl. die grauen Säulen in der Abbildung). Grund hierfür war die Tatsache, dass zunehmend geburtenstarke Jahrgänge in das Erwerbsleben eintraten. In den Jahren 1975 bis 1991 hätten zeitweilig sogar negative Produktivitätszuwachsrate noch eine Konstanz des Pro-Kopf-Einkommensniveaus ermöglicht.

Für die Zukunft ist hingegen eine Umkehr dieses Trends zu erwarten. Sinkende Geburtenraten und eine verlängerte Lebenserwartung werden unter der Annahme unveränderten Erwerbsverhaltens dazu führen, dass die berufsaktive Bevölkerung stärker schrumpft als die Gesamtbevölkerung. Allein zur Sicherung der gegenwärtigen Pro-Kopf-Einkommen wären im Durchschnitt der Jahre 2000-2040 dann Produktivitätssteigerungen von 0,4 % erforderlich; in den Jahren 2020 bis 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter eintreten, wären hierfür sogar Produktivitätszuwächse von mehr als 1 % notwendig. Allgemeine Wohlstandssteigerungen in bisherigem Umfang sind unter diesen Umständen jedoch durch eine deutliche Beschleunigung des technischen Fortschritts möglich. Es ist verwunderlich, dass dieser Zusammenhang in der aktuellen Diskussion um die künftige Gestaltung der Alterssicherung keine stärkere Berücksichtigung findet.

Joachim Ragnitz (jrg@iwh-halle.de)